

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Deutsches  
Tageblatt  
Fernauftr. Nr. 90.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Strehlen, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach  
Dresden 1580.  
Verleger  
Riesa Nr. 52.

Nr. 144.

Mittwoch, 24. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 15 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Monats von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages nach bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (8 Spalten) 25 Gold-Pfennig; die 60 mm breite Melamezeile 100 Gold-Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bemerkung: Diebstahl strafbar, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Brünings Appell an die Welt und an das deutsche Volk. Zurechtweisung Frankreichs. — Frankreichs Gegenvorschlag.

Berlin, 24. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach Dienstagabend über den Deutschland-Sender über die allgemeine politische Lage. Der außenpolitische Teil seiner Ausführungen hatte folgenden Wortlaut:

„Das vorgeschlagene Frierjahr soll nach der Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht nur der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens auf wirtschaftlichem Gebiet und damit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt dienen, es verfolgt gleichzeitig den Zweck, die politischen Beziehungen zwischen den Ländern von föderalen Spannungen zu befreien und eine auf überzeugter Zusammenarbeit der Staaten beruhende friedliche Weiterentwicklung zu fördern und zu festigen. Beides steht in einem notwendigen Wechselverhältnis. Ohne Befriedung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ist keine Beruhigung der politischen Lage, ohne diese politische Beruhigung keine Beseitigung der Wirtschaftsnot denkbar.“

Das Gedeihen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nunmehr entschlossen und weislich auf beiden Seiten sich zu den Entschlüssen aufpassen, welche die bestemmende Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert.

Für dieses große Ziel wird der amerikanische Vorschlag Raum schaffen, wenn er von den in Frage kommenden Ländern in demselben hochherzigen Geiste angenommen wird, in dem er von seinem Urheber gemacht worden ist.

Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles der amerikanischen Initiative mitzuarbeiten. Sie hat den aufrichtigen Willen, auch von der politischen Seite her zusammen mit allen Regierungen an die Lösung der Fragen heranzutreten, die für die Beruhigung Europas von Bedeutung sind. Je mehr die schwere wirtschaftliche und soziale Not sich mildert, unter der das deutsche Volk leidet, um so stärker und einmütiger wird seine Bereitschaft und seine Fähigkeit hervortreten, ein Bollwerk der Ruhe und der Ordnung in Europa zu sein.

### An das deutsche Volk.

Die Größe der Stunde und die aus ihr sich ergebende Verantwortlichkeit lassen mich die Hoffnung und die Gewissung aussprechen, daß alle diejenigen, die für die Formung der öffentlichen Meinung von maßgebendem Einfluß sind, sich bewußt bleiben, von welcher entscheidender Bedeutung in diesem Augenblick Wahrung und Selbstdisziplin bei allen unseren Volksgenossen in allen Reden und Handlungen sind für Deutschland und für Europa.

### Die Stellung zu Frankreich

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei allem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt. Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche Schwierigkeiten und Hemmnisse hervorgetreten sind, wenn es in der Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu Auseinandersetzungen gekommen ist, so halte ich trotzdem an der Überzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigem gutem Willen Mittel und Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Woll ich davon überzeugt bin, daß eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der Neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tage gesichert erscheint, wo zwischen den beiden großen Nachbarn das Vergangene seelisch überwunden ist, der Blick sich gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwendet; gerade deshalb ist es das Bestreben der von mir geführten Regierung, über Bestimmungen des Augenblicks hinaus vorwärts zu denken und alles sachlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten Erfolg im Interesse Europas und der Welt zuzuführen.

„Die deutsche Regierung wird es ihrerseits an gutem Willen nicht fehlen lassen. Ist aber die Einigung über das Frierjahr zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg freizumachen für eine großzügige praktische Zusammenarbeit der beiden Länder.“

Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine solche einseitige Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat. Die Aufgaben, vor denen Frankreich und Deutschland stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und sachlichem Meinungsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgabe auschließend in Angriff genommen werden kann.“

### Die Bereitschaft zur praktischen Zusammenarbeit mit Frankreich.

„Berlin. Die Ansprache, die Reichskanzler Dr. Brüning gestern abend ziemlich reich improvisiert im Rundfunk über alle deutschen Sender gehalten hat, ist die erste amtliche Grundrede, nicht nur zu der Initiative Hoovers, sondern seit der Rückkehr aus Chequers überhaupt. Man hat hier den Eindruck — und dieser Eindruck dürfte von allen Hörern dieser ersten und nichtbewussten Ausführungen im In- und Auslande geteilt werden —, daß es dem Kanzler vor allen Dingen um den außenpolitischen Teil seiner Darlegungen, die Ansprache an Frankreich, zu tun war, mit der er seiner Ueberraschung Ausdruck gab, daß die Schwierigkeiten nicht unüberwindbar sind, die seit einiger Zeit zwischen den beiden großen Nachbarn bestehen. In ganz wenigen Worten hat er dabei den Kern des ganzen augenblicklichen Problems zwischen Deutschland und Frankreich herausgestellt: die Notwendigkeit, das Vergangene seelisch zu überwinden. Er hat sich bereit erklärt, zu einer großzügigen praktischen Zusammenarbeit, er ist soweit gegangen, offenbar suchend auf Anregungen, die von verschiedenen Organen der Öffentlichkeit in jüngerer Zeit gemacht worden waren, seine ausdrückliche Bereitschaft zur Benutzung einer Gelegenheit anzukündigen, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat. Bei der zurückhaltenden Natur des Reichskanzlers und der ersten Ueberlegung, mit der er alle seine Schritte vorbereitet, darf man darin den Versuch erblicken, gewisse, trotz aller Hemmnisse fürbar werdende Beziehungen in Frankreich zu ermutigen und zu fördern, solche Beziehungen nämlich, die die großherzige Initiative Hoovers auf dem einfachsten denkbaren Wege, also vor allem unter Vermeidung von Verschärfungen und Konferenzen überwinden müßten. Man darf hoffen, daß die Ansprache Dr. Brüning in Frankreich Verständnis findet und zur Erleichterung und Vereinfachung der sich anbahnenden weiteren Erörterungen führen wird.“

Bereits eine Stunde, nachdem Reichskanzler Dr. Brüning seine Rede im Rundfunk beendet hatte, lag hier die Meldung aus Newyork vor, daß die von der National Broadcasting Company übernommene Ansprache des Kanzlers in ganz Amerika zu vernehmen war.

### Eine Erklärung

#### Des amerikanischen Staatsdepartements.

Washington, 24. Juni.

Im Staatsdepartement wurde betont, daß Hoovers Vorschlag einen einjährigen Frierjahr für alle Regierungsschulden bedeute einschließlich der im Young-Plan näher bezeichneten Teilbeträge der Reparationszahlungen. Nur unter dieser Bedingung, so wurde ausgeführt, könne der Plan das erstrebte Ziel einer Erleichterung der deutschen kritischen Lage erreichen.

Mit Rücksicht auf gewisse in französischen Blättern zum Ausdruck gebrachte Empfindlichkeiten wegen einer angeblichen Ueberrumpfung der französischen Regierung wurde im Staatsdepartement folgende Erklärung abgegeben:

„Der amerikanische Vorschlag ist vor seiner endgültigen Formulierung nicht mit irgendeiner fremden Regierung besprochen worden. Der Präsident, der die Lage in Deutschland, wie man verstehen kann, mit größter Besorgnis verfolgt hatte, erkannte, wie die deutsche finanzielle Krise an den beiden letzten Tagen der vorigen Woche zeigte, daß, falls er nicht sofort handele, eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe, und Frankreich war die erste der fremden Mächte, die in Kenntnis gesetzt wurde, als er sich zum Handeln entschloß. Das war am Freitag.“

Die Regierung hat keine amtliche Mitteilung darüber erhalten, daß Frankreich Gegenvorschläge zu Hoovers Plan zu machen gedenke. Man ist in den Kommentaren zu den Pressemeldungen aus Paris über eine solche Möglichkeit sehr große Zurückhaltung, Angesichts der Erklärung Simons, wonach Hoovers Vorschlag die gewünschte Wirkung nur dann haben könne, wenn er unverzüglich angenommen würde, hält man es für wahrscheinlich, daß ein französischer Vorschlag für eine bedeutende Abänderung des Planes in Washington ungünstig aufgenommen werden würde.

Bezüglich des in Hoovers Vorschlag erwähnten Datums vom 1. Juli 1931 wurde erklärt, man habe dieses Datum als Beginn vorgeschlagen, weil das amerikanische Etatsjahr am 1. Juli beginnt. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Lage hoffe man, daß die übrigen Mächte innerhalb der noch zur Verfügung stehenden acht Tage Hoovers Vorschlag annehmen.“

### Grundsätzliche Annahme

#### des Hoover-Planes durch Paris?

#### Eine Weltanleihe?

tu. Paris. Nach Mitteilungen, die der „Intransigent“ aus Regierungskreisen erhalten haben will, sollen die Besprechungen zwischen den Ministern am Montag zu der grundsätzlichen Annahme der Hooverschen Vorschläge geführt haben. Die Minister hätten sich jedoch mit dem Fall beschäftigt, wenn Deutschland nach Ablauf des einjährigen Zahlungsausschusses sich außer Stande erklären würde, die Zahlungen unter Verutung auf das Youngplan-Rotatorium wieder aufzunehmen. In diesem Falle würde Frankreich auf Grund des Art. 8 des Youngplanes verpflichtet sein, das Garantiedepot bei der B.Z. um 500 Millionen Mark in Devisen zu erhöhen. Davon seien bereits 52 Millionen eingezahlt worden. Es blieben also 448 Millionen, die sofort fällig würden. Der französische Staatshaushalt würde also außer dem Ausfall der deutschen Zahlungen und der ungeschätzten Jahreszahlung noch einen weiteren Verlust von 448 Millionen haben. Der Finanzminister suchte daher eine Lösung, die es der französischen Regierung erlaubte, dem Hooverschen Plan zuzustimmen, ohne die französischen Steuerzahler mit neuen Lasten von insgesamt 5 Milliarden Franken zu belasten.

Angeblieh fanden jetzt schon Verhandlungen statt, die zu dem Abschluß einer internationalen Anleihe führen sollten. An dieser Anleihe sollten sich, sämtliche an der Frage der Schuldentregulierung interessierten Länder beteiligen und die Regierungen der Alliierten und der Vereinigten Staaten sollten die gemeinsame Garantie übernehmen. Mit Hilfe dieser Anleihe solle es gelingen, die Haushalte der Staaten, die durch den Hooverschen Vorschlag berührt worden seien, wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Verhandlungen über die Anleihe sollten nicht von Diplomaten, auch nicht von den Sachverständigen des Dawes- oder Youngplanes, sondern von den Bankiers und Kaufleuten der beteiligten Länder geführt werden.